

<b>Große Anfrage</b> - öffentlich nach § 48 Abs. 2 Satz 1 GO NRW
<b>Drucksachen-Nr.</b> <b><u>1012612</u></b>
<b>Externes Dokument</b>

<b>Fragesteller/in</b> gez. f.d.R.  24.08.2010 <b>Datum</b>	<b>Die Linke.</b>  AM Jonas Bens Anatol Koch   <b>Unterschrift</b>	<b>Eingangsdatum</b>  25.08.2010  Ratsbüro
--	--	--

<b>Betreff</b>  Zeit- und Leiharbeit im Bereich der Bundesstadt Bonn
--

<b><u>Gremium, an dessen Mitglieder die Antwort zu senden ist</u></b> Ausschuss für Wirtschaft und Arbeitsförderung	<b>Sitzung</b> 22.09.2010	<b>Ergebnis</b>	
--	------------------------------	-----------------	--

## Fragestellung

Die Verwaltung wird um Beantwortung der nachfolgenden Fragen gebeten:

1. Wieviele Personen sind innerhalb der Zuständigkeit der Bundesstadt Bonn im Rahmen eines Leih- bzw. ZeitarbeiterInnenverhältnisses beschäftigt und wie hat sich die Inanspruchnahme solcher Dienste bzw. Beschäftigungsverhältnisse in der mittelfristigen Rückschau entwickelt?
2. In welchen Bereich sind Personen auf dieser Beschäftigungsgrundlage innerhalb der Verwaltung tätig?
3. Wie hat sich in den jeweiligen Bereichen (Frage 2) der ordentliche Personalstand in den letzten Jahren entwickelt?
4. Wie stellen sich die Arbeitsentgelte für ordentliche Beschäftigte und Leih- bzw. ZeitarbeiterInnen in den jeweiligen Bereichen im Vergleich dar?
5. In welcher Höhe entstand der Bundesstadt in den vergangenen Jahren Aufwand durch die Inanspruchnahme der Dienste von Leih- bzw. ZeitarbeiterInnen?
6. Wie ist die Lage im Bezug auf die vorgenannten Fragen hinsichtlich der von der Stadt Bonn beherrschten Unternehmen und Einrichtungen bzw. solchen, an denen die Stadt Bonn beteiligt ist (SWB, Vebowag, etc.)?

## Begründung

Leih- und Zeitarbeitsverhältnisse haben sich in der Vergangenheit entgegen der ursprünglichen Zielsetzung zu einem Instrument des Lohndumpings entwickelt. Ursprünglich durch ordentliche Beschäftigte ausgeführte Arbeiten, werden zunehmend durch Leih- und ZeitarbeitnehmerInnen zu deutlich ungünstigeren Konditionen geleistet. Wie der Presse (GA vom 23.7.2010) zu entnehmen war, nehmen auch vermehrt Kommunen die Dienste von Leih- und ZeitarbeitnehmerInnen in Anspruch. Wie die Vorgänge der WUPSI (Wupper Sieg AG) jüngst zeigten, gibt es auch im öffentlichen Raum einen Missbrauch der Leih- und Zeitarbeitsverhältnisse. Die Anfrage dient vor diesem Hintergrund dem Zweck, die Praxis der Bundesstadt Bonn bzw. ihrer Einrichtungen auf diesem Feld zu veröffentlichen und zur politischen Diskussion zu stellen.